

Von Leila Al-Serori

Alt, arm, AfD-Wähler?

Die Altersarmut nimmt in Deutschland zu, auch die Rechtspopulisten setzen zunehmend auf die Themen Rente und Sozialpolitik. Wie dieses Engagement bei betroffenen Rentnern verfängt.

München – Niemand soll wissen, dass sich Erika S. zuletzt die neue Brille nicht leisten konnte. Oder dass sie nur im nächsten Supermarkt einkauft, wenn gerade wieder eine Rabattaktion ist. Die 79-jährige Münchnerin lebt von 1200 Euro monatlich – die Armutsgrenze in der bayerischen Hauptstadt liegt bei 1540 Euro. Ihren Nachnamen will die Rentnerin nicht in der Zeitung lesen, zu groß die Scham, was ihre Bekannten denken könnten, die Leute in der Kirche, die Nachbarn. Es soll ihr auch niemand ansehen, dass sie arm ist. Deshalb ist S. sorgsam frisiert, trägt einen eleganten Glitzerpullover und dezenten Schmuck. „Ich hab’ ja noch meine Würde“, sagt sie. Aber einfach so Kaffee trinken oder ein Ausflug in die Berge? Ist nicht drin. Erika S. zählt zu den 688 755 Menschen im Rentenalter, die dem Statistischen Bundesamt zufolge Grundsicherung beziehen. Die Zahlen stammen aus dem September 2023, im Jahr davor waren es fast zehn Prozent weniger. 2021 war mit 28,1 Prozent die Armutsrisikoquote bei den über 65-Jährigen in Deutschland höher als die des EU-Durchschnitts.

Jede dritte alleinstehende Neurentnerin wird bis 2036 laut Studie in Armut leben

Besonders betroffen sind Frauen. Einer Bertelsmann-Studie zufolge wird bis 2036 jede dritte alleinstehende Neurentnerin in Armut leben. Die Bundesregierung will diese Entwicklung mit dem höheren Mindestlohn, der neuen Grundrente oder der Pflicht zur Altersvorsorge für neue Selbstständige verhindern. Ob das reicht? Der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering warnt im Interview mit der Süddeutschen Zeitung, die Senioren den Rechtspopulisten zu überlassen. Die AfD würde Rentner bereits gezielt ansprechen. Tatsächlich ist wahrnehmbar, dass die Partei das Thema Rente und Altersarmut für sich entdeckt hat. Bei den Mitgliederzahlen der AfD wächst der Anteil der über 65-Jährigen zwar nicht stärker als in den anderen Altersklassen. Im Bundestag gab es aber mehrere Anträge zum Thema; in einem Flyer der AfD-Bundestagsfraktion steht: „Rentenkollaps und Altersarmut? Nicht mit uns!“

Eine Bundestagsrede der AfD-Abgeordneten Gerrit Huy aus dem Herbst haben mehr als 20 000 Menschen auf YouTube angesehen, Titel: „Verarmte Rentner: Sind Sie der Ampel-Regierung egal?“ Der SZ sagt die Leiterin des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik, dass die Rentner für die AfD wichtig seien, „weil wir ihre Nöte sehen“. Damit zielt die Politikerin wohl auf Seniorinnen wie Erika S. ab. Die frühere Versicherungskaufrauf hat sich wie so viele Frauen darauf verlassen, dass ihr Mann sie im Ruhestand unterstützt. Mit 43 ging sie aufgrund einer chronischen Erkrankung in Frührente. Nun ist sie geschieden. Das Geld reicht nur fürs Einkauf und die Zweizimmerwohnung am Stadtrand von München, weil sie auch Grundsicherung bezieht. Und weil Erika S. im Alltag akribisch spart. Sobald es eine größere Investition gibt, wie eine neue Brille oder eine Nachzahlung bei der Stromrechnung, wird es schwierig.

Etwas 20 Prozent der Renten lagen laut Bundessozialministerium Ende 2020 unter 500 Euro, die Hälfte unter 1000 Euro. Wer so eine geringe Rente bezieht, kann sie theoretisch auf zwei Wegen aufstocken: durch die Grundsicherung wie im Fall von Erika S. oder mit der Grundrente. Die erste Möglichkeit ist mit einem Gang zum Sozialamt verbunden – was Schätzungen zufolge bis zur Hälfte der Anspruchsberechtigten aus Scham vermeiden. Die zweite Möglichkeit erfordert zumindest 33 Beitragsjahre. „Ich hab’ alles schon erlebt“, sagt Erika S. „Wie schwer es ist, zum Amt zu gehen. Zu wissen, wo man überhaupt Hilfe bekommt.“ Deshalb berät sie ehrenamtlich andere Senioren im Verein „Ein Herz für Rentner“, erklärt, welche Anträge man ausfüllen muss. Sie selbst findet dort Anschluss und Austausch, in ihrem Umfeld weiß außer ihrem Sohn niemand von ihrer Situation. Der Verein, der von Spenden lebt, springt auch mal finanziell ein. So hat sich S. ihre neue Brille leisten können. „Man muss das Gefühl abschütteln, man würde betteln.“ Aber deshalb AfD wählen? Sie schüttelt den Kopf. „Niemand. Die würden es ja auch nicht besser machen.“ Die bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Elena Roohn sieht das naturgemäß anders. „Wir haben sehr viele Zuwanderer



Dem Statistischen Bundesamt zufolge beziehen in Deutschland knapp 690 000 Menschen im Rentenalter Grundsicherung. FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

seit 2015, nur ein Drittel geht zur Arbeit, der Rest sitzt auf unserem Sozialsystem. Dieses Geld könnten wir viel besser für unsere Rentner benutzen.“ Auf eine Mindestrente für alle, von der man gut leben kann, egal wie viel und wie lange eingezahlt wurde, darauf kann sich Roohn, die im Sozialausschuss im Landtag sitzt, im Gespräch nicht festlegen. Das ist nicht Teil des Parteiprogramms. Dabei wäre das ein Mittel, was Betroffene wie Erika S. fordern.

Die Gruppe der AfD-Wähler ist heterogen, in sozialen Fragen uneinig.

Stattdessen schlägt die AfD vor, dass mehr Kinder geboren werden. Dem Zehn-Punkte-Plan der Bundestagsfraktion zufolge solche „mit deutscher Staatsangehörigkeit und tatsächlichem Lebensmittelpunkt in Deutschland“. Außerdem spricht man sich für Wohneigentum aus, und dafür, dass jeder mit 45 Beitragsjahren, abschlagsfrei in Rente gehen darf. Dem Gewerkschaftsbund zufolge haben viele, wenn sie Regelaltersgrenze errei-

chen, nicht mal ansatzweise so viele Jahre beisammen, man würde also sogar länger arbeiten. Das Parteiprogramm spricht zudem eine neoliberale Sprache: „Soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen.“ Viele der Forderungen der Rechtsradikalen klingen sozial, haben beim genaueren Hinsehen aber wenig Substanz. Und hinter allem steht die fremdenfeindliche Grundhaltung. Den Soziologen Holger Lengfeld von der Universität Leipzig wundern diese vermeintlichen Widersprüche in der Politik der AfD nicht. Laut seinen Studien greift die Erklärung, dass wirtschaftliche Gründe die sozial Abgehängten für Rechtspopulisten empfänglich machen, zu kurz. „Es gibt eine Form von gesellschaftlicher Spaltung in Deutschland, aber die betrifft weniger die wirtschaftliche Situation als vielmehr das Wertemodell der Menschen.“ Diesen Bruch könne man gut derzeit bei den Massendemos gegen die AfD beobachten. Es gehe weniger um arm gehen reich, als vielmehr um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Und da spiele

Migration eine große Rolle, so der Experte. Wer AfD wählt, der sei in den überwiegenden Fällen auch gegen Einwanderung. „Die Gruppe der AfD-Wähler ist heterogen, in sozialen Fragen uneinig. Aber wo sich unseren Daten aus wissenschaftlichen Umfragen zufolge alle einig sind, ist ein Motiv: Migration begrenzen.“ Die AfD zielt also womöglich weniger auf tatsächlich von Altersarmut Betroffene wie Erika S. ab als auf Berufstätige, die Sorgen haben, im Alter benachteiligt zu sein – und die Migration kritisch gegenüber stehen. Bei diesen Menschen verfrage dann diese Mischung aus Ängsten schüren und dem Anbieten vermeintlich einfacher Lösungen wie eine Begrenzung von Sozialleistungen für Migranten und Asylbewerber. Die Pläne der AfD würden Menschen wie Erika S. wohl auch nicht helfen – sie kommt aufgrund ihrer Erkrankung nicht mal ansatzweise auf die von den Populisten proklamierten 45 Beitragsjahre. Aber was die Münchner Rentnerin vor allem bei der AfD abschreckt, ist deren Radikalität. „Das find’ ich nicht gut, dieses Schrille. Das ist nicht meine Welt.“

Ein unbeirrbarer Mitteleuropäer

František Černý hat entscheidend beigetragen zur Aussöhnung von Deutschen und Tschechen.

Allein die Sprache: Ob zur kulturellen Fülle Mitteleuropas oder zu deutsch-tschechischen Beziehungen, František Černýs Parlando fesselte, das so reiche, leider ausgestorbene Pragerdeutsch. Černý, 1931 in Prag geboren, war Diplomat, Versöhner, Weiser, Ironiker mit dem Talent, Differenzen und Konflikte zu nennen, ohne Eklat zu provozieren. Er war auch Enthusiast und Skeptiker. Das befähigte ihn, mit amüsanter Überredung, mehr aber mit zäher Überzeugungsarbeit deutsch-tschechische Belange aus dem Frost der 1990er-Jahre in die heutige Problemlösbarkeit zu führen. Als Gesandter der Tschechischen Republik in Berlin, dann Botschafter von 1998 bis 2001, galt er als der luzide Intellektuelle im diplomatischen Korps. Um ihn riss man sich.

Von den Kommunisten stets beargwöhnt, studierte er Germanistik und Bohemistik. Er war 1963 bei der legendären Kafka-Konferenz auf Schloss Liblice Urimpuls für den Prager Frühling. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 bekam er als Radioredakteur Berufsverbot. Die bleierne Zeit fristete er als Deutschlehrer und Übersetzer. Nach der Wende bewegte ihn sein Freund, Präsident Václav Havel, Diplomat zu werden.

Zwangsherrschaft, Naziterror, Vertreibung, ideologischer Hass im Kalten Krieg – Černý setzte unbeirrt auf Kultur und Geist Mitteleuropas, die düstere Geschichte raubte ihm nicht den Glauben an bereichernde Koexistenz. Er war einer hinter der erst unterschätzten deutsch-tschechischen Erklärung von 1997, die auf gegenseitige Abrechnung verzichtete und so den Weg in die Zukunft wies. Er vermittelte sogar seinen Landsleuten, die als Speerspitze des Revisionismus gefährdete Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht nur als Feind zu sehen, sondern als ihre Lobby in gemeinsamer Liebe zu den Böhmischen Ländern.

Tomáš Kafka, Prags Botschafter in Berlin und Ziehsohn Černýs, erinnert an Worte Präsident Frank-Walter Steinmeiers: Černý sei einer, der nicht nur „den Deutschen die Perspektiven und Eigenheiten der Tschechen, das Selbstbewusstsein, die Traumata, aber auch den Stolz Mitteleuropas vermitteln konnte, sondern auch unermüdlich in Tschechien um das Verständnis und für Vertrauen in die Deutschen und das wiedererverneutete Deutschland geworben“ habe. Černý starb am Freitag mit 92 Jahren in Prag.



Mit europäischer Zuversicht hat er ein epochemachendes Versöhnungswerk entscheidend mitbetrieben: František Černý (1931 – 2024). FOTO: IMAGO STOCK&PEOPLE

Kritik an Dava

Beobachter warnen vor der Nähe der politischen Vereinigung zur türkischen Regierungspartei AKP.

München – Die neu gegründete politische Vereinigung Dava wird von der Politik in Berlin kritisch beäugt. SPD-Bundesvize Serpil Midyatli warnte am Freitag in Kiel: „Bei Dava müssen wir aber ganz genau darauf schauen, wer die Hintermänner sind und woher das Geld kommt.“ Es gebe mehr als genug Belege, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und die islamisch-konservative türkische Regierungspartei AKP hinter der Vereinigung stünden.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Döbrindt forderte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sogar dazu auf, gegen Dava vorzugehen. „Es wäre die Aufgabe von Bundesinnenministerin Faeser, dafür zu sorgen, dass bei Parteien, die eindeutig der Einflussnahme ausländischer Interessen in Deutschland dienen, die Gründung unterbunden und die Teilnahme an Wahlen untersagt wird“, sagte Döbrindt am Samstag der Augsburger Allgemeinen. Es handle sich um eine Gruppe, „die sich an muslimische Migranten richtet und ausschließlich dazu dienen soll, als Erdogans politischer Arm in Deutschland zu wirken“.

Die Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch (Dava) hat Mitte Januar angekündigt, an der Wahl zum Europaparlament am 9. Juni teilnehmen zu wollen. Zu den Kandidaten, die Dava bislang vorgestellt hat, gehören zwei Männer, die sich zuvor in Islamverbänden engagiert hatten. Dava will nach eigenen Angaben Menschen unterschiedlicher Herkunft als Kandidaten für die Europawahl aufstellen. Vorwürfe, Dava sei der verlängerte Arm der islamisch-konservativen türkischen Regierungspartei AKP von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, wies der Vorsitzende der neuen Vereinigung, Teyfik Özcan, zurück. Seine neue Bewegung beschreibt er als „wertkonservativ, aber auch mit progressiven Ideen“. Vorschulbildung sei für ihn ein wichtiges Thema, sagt er. Im Dava-Wahlprogramm heißt es: „Dava verpflichtet sich zum Schutz der Familie durch eine Po-



Recep Tayyip Erdoğan regiert mit seiner islamisch-konservativen Partei AKP seit 2014 die Türkei. FOTO: AFP

litik, die traditionelle Werte und Strukturen in den Vordergrund stellt.“ Außerdem will sich die Bewegung für eine Anerkennung muslimischer Verbände als Körperschaften öffentlichen Rechts einsetzen. Nach Einschätzung der Politikwissenschaftlerin Karen Schönwälder hat Dava wenig Chancen auf Erfolg. International seien Parteien, die sich an Migranten und Migrantinnen oder eine bestimmte nationale Herkunftsgruppe wenden, kaum erfolgreich, sagte die Forscherin vom Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen. Zwar gelinge es den deutschen Parteien in der Summe weiterhin nicht in ausreichendem Maße, Bürger mit Migrationshintergrund anzusprechen. Dennoch hätten sich gerade Deutsche mit Wurzeln in der Türkei etwa seit den 1980er Jahren „engagiert an demokratischen Prozessen in Deutschland beteiligt“, sagte die Politologin. Außerdem unterschieden sich ihre politischen Anliegen nicht grundlegend von denen anderer Menschen. KMB, DPA

Brandmauer der Hunderttausenden

Weit mehr Menschen als erwartet demonstrieren am Berliner Reichstagsgebäude gegen den Rechtsruck. Aber nicht alle dort richten sich ausschließlich gegen extreme Tendenzen.

Berlin – Zur Halbzeit der Großdemonstration in Berlin musste der Moderator dann einen Ordnungsruf loswerden. „Das ist keine Laufveranstaltung, das ist eine Kundgebung“, rief er durch die aufgestellten Lautsprecher rund um das Reichstagsgebäude. „Bitte bleibt hier und lauft nicht weg.“ Wesentlich mehr Menschen als erwartet waren zu diesem Zeitpunkt bereits gezählt worden. Am Ende sollten es laut Polizei über 150 000 Demonstranten werden, die Veranstalter sprachen gar von doppelt so vielen.

Tatsächlich war die Zusammenkunft am Samstagmorgen schmerzhaft zu greifen, weder war es eine Demonstration, bei der die Menschen geschlossen durch die Straßen liefen, noch war es eine Kundgebung, bei der sie zu Tausenden den Rednern zuhörten. Rund um die Bühne hatte sich immerhin ein harter Kern versammelt, Fahnen der Linken wehten da, Regenbogenflaggen und auch ein Wimpel der SPD. Drum herum aber war die Veranstaltung in stetem Fluss. Etwas hilflos versuchte ein Ordner mit weidenden Armen einen Rettungsweg neben dem Kanzleramt frei zu halten.

Die Großdemonstration hatte um 13 Uhr begonnen, auch zwei Stunden später liefen Eltern mit ihren Kindern, Gruppen von jungen Menschen und ältere Paare zu Tausenden rund um das Reichstagsgebäude. Immer weiteräumiger musste die Polizei das Areal im Regierungsviertel absperren, um Platz für die Menschen zu schaffen. Es wirkte da eher wie ein gigantisches Happening, bei dem die Menschen trotz des Sprühregens machen, was sie wollen: Ein Paar tanzte unter dem Dach des Paul-Löbe-Abgeordnetenhauses Tango, zwei Jungs trommelten auf Bongos, andere unterhielten sich einfach nur. Die Veranstaltung unter dem Titel „Wir sind die Brandmauer“ war seit Wochen angekündigt worden und so etwas wie der vorübergehende Höhepunkt der Demonstrationen gegen die AfD und die extreme Rechte. Hilfsorganisation wie Pro Asyl und

der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hatten sich schon Ende vergangenen Jahres zusammengetan, um die Zivilgesellschaft angesichts des Rechtsrucks in Deutschland zu mobilisieren. Das im Januar aufgedeckte Treffen der extremen Rechten in Potsdam hat der Initiative dann nur zusätzlichen Schub verliehen: Aus den ursprünglich 300 Organisationen, die den Aufruf zu der Demonstration unterschrieben hatten, wurden bis zu diesem Wochenende über 1800.

Und auch in anderen Städten gingen erneut Zehntausende Menschen auf die Straße. So versammelten sich in Augsburg und Nürnberg nach Angaben der Polizei jeweils etwa 25 000 Menschen. Etwa 30 000 Menschen kamen den Veranstaltern zufolge in Dresden zusammen. Am Sonntag demonstrierten 16 500 Menschen in Bremen, in Lübeck waren es 5000 und auch in Magdeburg demonstrierten Tausende.



Trotz Sprühregens erinnerte die Großdemo in Berlin am vergangenen Samstag manche an ein gigantisches Happening. FOTO: EBRAHIM NOROOZI/AP

Mark Kahl war schon bei der letzten Großdemonstration in Berlin vor zwei Wochen dabei. Diesmal hat er eine große rote Fahne mitgebracht, die im Wind kräftig weht. Er sei gekommen „wegen der AfD, wegen der Nazis“, sagt er. Aber ihm ginge es nicht nur um die extreme Rechte. „Ich meine auch Friedrich Merz und die FDP, diese ganze Tendenz, den Ausländern die Schuld für alles zu geben.“ Kahl steht mit seiner Haltung für eine Frage, die diese Demonstration der Zivilgesellschaft bereits in den vergangenen Wochen begleitet hat: Wendet sich der Protest ausschließlich gegen die extreme Rechte oder pauschal gegen alle rechts der Mitte?

Tareq Alaows von Pro Asyl, der das Bündnis mitbegründet hat und die Veranstaltung an diesem Tag moderiert, beantwortet die Frage eindeutig: Der Protest richtet sich nicht nur gegen die AfD; „Rechtsextremismus kann man nicht nur

bekämpfen, indem alle nach rechts rücken“, hatte er am Tag zuvor der SZ gesagt. Auf der Bühne selbst werden amtierende Politiker dann aber kaum attackiert, die Rednerliste ist bunt gemischt. Eine Vertreterin der Rechercheplattform Correctiv, die das Treffen der Rechtsextremen in Potsdam aufgedeckt hat, ist dabei, ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und eine Aktivistin für Inklusion. Am

Ich frage mich lieber, wofür ich bin, sagt eine Demonstrantin.

deutlichsten wird noch Miriam Tödter, Vorsitzende des Brandenburger Bündnisses „Wir packen’s an“, als sie Olaf Scholz als „Abschiebekanzler“ bezeichnet. Später verbietet die Polizei das Zeigen der palästinensischen Flagge, da auch propalästinensische Gruppen in den digitalen Medien zu der Demonstration aufgerufen hatten. Birke hat die Frage, wogegen sie protestiert, ganz einfach gelöst. „Ich frage mich lieber, wofür ich bin“, sagt sie. Gemeinsam mit ihrem Mann Gerd ruht sie sich gerade an einem Geländer zur Spree aus. Gegenüber sind auf eine Glaswand die Artikel des Grundgesetzes geschrieben. „Darf ich hier, für unsere Grundrechte, für die Demokratie.“ Wenn die Politik jetzt darüber nachdenke, das Bundesverfassungsgericht juristisch besser gegen eine Übernahme durch die AfD abzuschirmen, dann sei das schon ein Erfolg der Demonstrationen der vergangenen Wochen, sagt sie.

Am späten Nachmittag, kurz vor Ende der Demonstration, gibt es ein paar Hundert Meter entfernt einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Auf einer Wiese in Richtung Hauptbahnhof hatten Aktivistinnen versucht, Passanten zu finden, um ihre Losung zu präsentieren. Nun stehen 30 Menschen nebeneinander, jeder hält ein Pappschild mit einem Buchstaben darauf hoch. „Keine Koalition mit dem Faschismus“ ist da zu lesen. Jan Heidtmann Seite 4